

In Serbien wird die Partei von Aleksandar Vučić stärkste Kraft. Doch die große Frage nach der Wahl ist: Wie sehr hat die Regierung dem guten Ergebnis nachgeholfen?

DORINA PASCHER
GERHARD SCHWISCHEI

BELGRAD. Er stand nicht zur Wahl und ist dennoch der große Sieger der Parlamentswahlen in Serbien: Präsident Aleksandar Vučić. Seine seit 2012 regierende Fortschrittspartei SNS holte 46 Prozent der Stimmen und 128 von 250 Sitzen im Parlament. Die Präsidentenpartei wurde damit klar stärkste Kraft. Sie könnte in Zukunft allein im Parlament in Belgrad regieren. „Das ist ein klarer Sieg und das macht mich glücklich“, sagte Vučić am Sonntagabend.

Zwar konnte die Präsidentenpartei ihre Macht ausbauen, doch auch die liberale Opposition schnitt relativ gut ab. Das Wahlbündnis „Serbien gegen Gewalt“ (SPN) kommt auf rund 24 Prozent der Stimmen und 65 Mandate. Das Wahlbündnis hatte sich formiert, nachdem es im Mai zwei Amokläufe mit 17 Toten gegeben hatte. Zunächst hatte ein 13-Jähriger in seiner Schule acht Mitschüler und einen Wachmann erschossen, wenige Tage später schoss ein 21-Jähriger in seinem Dorf acht Menschen nieder. Daraufhin gab es landesweit Proteste gegen die Gewaltexzesse. Die Demonstrationen richteten sich auch gegen die Regierung von Vučić. Der Vorwurf: In regierungsnahen Boulevardmedien werde Gewalt verherrlicht, ehemalige Straftäter können in Reality-TV-Sendungen ungehindert über Gräueltaten sprechen.

Der ehemalige Salzburger Landeshauptmann Franz Schausberger beobachtete in seiner Funktion als Präsident des Instituts der Regionen Europas (IRE) am Wochenende die Wahlen in Serbien und sprach mit Vertretern aus Wirtschaft und Diplomatie. Er sieht im großen Zeitabstand zu den Amokläufen und den Massenprotesten einen Grund dafür, warum das Wahlbündnis „Serbien gegen Gewalt“ nicht noch



Feierte am Sonntagabend den Sieg seiner Fortschrittspartei SNS: Serbiens Präsident Aleksandar Vučić.

BILD: SN/IMAGO/XINHUA

Ein Sieger, der gar nicht zur Wahl stand

besser abgeschnitten hat. Die Demonstrationen seien im Sommer eingeschlafen und das Thema Gewalt sei zuletzt nicht mehr präsent gewesen. Allerdings hat das Wahlbündnis in der Hauptstadt Belgrad noch die Chance, an die Macht zu kommen. Dort zeichnete sich am

„Vučić ist viel populärer als seine Partei selbst.“

Jakov Devčić,
Konrad-Adenauer-Stiftung Belgrad

Tag nach der Wahl eine Pattsituation zwischen Vučićs Fortschrittspartei und dem Wahlbündnis ab. Die SNS konnte aber abgesehen von der Hauptstadt die gleichzeitig abgehaltenen Kommunalwahlen für sich bestimmen.

Der Erfolg der Fortschrittspartei hänge stark mit dem Erfolg des Präsidenten zusammen, sagt Jakov Devčić, er leitet das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Belgrad. „Aleksandar Vučić hat die

ganze Wahlkampagne überstrahlt, auf allen Plakaten ist der Präsident zu sehen“, sagt Devčić. „Er war immer schon der populäre Teil der politischen Bewegung SNS. Vučić ist viel populärer als die Partei selbst.“ In den regierungsnahen Medien sei Vučić omnipräsent. Vor den Wahlen so sehr, dass laut einer Umfrage sogar 60 Prozent der Serbinnen und Serben dachten, Vučić sei Kandidat bei der Parlamentswahl.

Die Omnipräsens Vučićs im Wahlkampf wurde auch von Wahlbeobachtern der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) kritisiert. Der österreichische Parlamentarier Reinhold Lopatka (ÖVP), Leiter der OSZE-Wahlbeobachtungskommission, sagte, die Beteiligung Vučićs habe zu „unfairen Verhältnissen“ geführt. Unterstützt von einer Medienlandschaft, die ihn enorm begünstige, habe sich alles um Vučić gedreht.

Dazu zeigte sich Vučić vor den Wahlen sehr spendabel. So erhielt

ten Pensionisten Erhöhungen ihrer Pensionen und für Studierende sowie Mütter von unter 16-Jährigen gab es Einmalzahlungen, wie der Leiter des KAS-Büros in Belgrad berichtet. Hinzu komme, dass die Fortschrittspartei mit 700.000 Mitgliedern auch eine starke Mobilisierungsfähigkeit hatte, erläutert Devčić. „Diese können ihre Familien mobilisieren, ihre Kolleginnen und Kollegen in der Arbeit.“

Einen Vorteil hatte die SNS auch finanziell: Die Fortschrittspartei gab für Wahlwerbespots im Fernsehen – dem wichtigsten Medium im politischen Diskurs in Serbien – vier Millionen Euro aus. „An zweiter Stelle steht die sozialistische Partei, sie hat rund 500.000 Euro ausgegeben. Und erst danach kommen mit großen Abständen die Oppositionsparteien.“

Für die Opposition ist klar: Die Wahl sei weder fair noch demokratisch abgelaufen. Wahlforscher und Oppositionsparteien dokumentierten 450 Verstöße gegen die Wahl-

ordnung. Unter anderem werfen sie der SNS vor, vor der Wahl ungefähr 40.000 Menschen aus Bosnien nach Belgrad gebracht zu haben. Die Menschen hätten einen zweiten Wohnsitz bekommen und seien daher auf kommunaler Ebene wahlberechtigt gewesen. „Gestern hat man gesehen, dass viele Busse aus Bosnien-Herzegowina nach Belgrad gekommen sind, sie brachten Wähler hierher“, berichtet Devčić am Montag. „Das ist vielleicht rechtlich nicht problematisch – aber aus politisch-moralischer Sicht sieht das anders aus.“

OSZE-Wahlbeobachter Lopatka berichtet ebenfalls von Unregelmäßigkeiten beim Urnengang. Sie seien aber in „begrenztem Ausmaß“ geblieben. Als Beispiele führte er Stimmenkauf und auch die Transporte von bosnischen Serben nach Belgrad an. Der Bericht der internationalen Wahlbeobachter sei „ein entsprechend kritischer“ und werde, so Lopatka, mit serbischen Kollegen aufgearbeitet werden.

Chile stimmt zum zweiten Mal gegen neue Verfassung

SANTIAGO DE CHILE. Die Chilenen und Chilenen haben am Sonntag mit klarer Mehrheit auch den zweiten Entwurf einer neuen Verfassung abgelehnt. Die Bevölkerung sprach sich mit 55 Prozent gegen ein ausgesprochen rechtes und rückwärtsgewandtes Modell eines neuen Grundgesetzes aus. Es ist bereits das zweite Mal, dass der Versuch scheitert, die Magna Charta aus Diktaturzeiten zu ersetzen.

Der erste Entwurf, den eine linksgeprägte Verfassungsversammlung erarbeitet hatte, stärkte die Rechte der Frauen und der Indigenen sowie die Rechte der Natur und sollte die öffentliche Daseinsvorsorge stärken. Aber der Entwurf wurde von mehr als 60 Prozent der Bevölkerung im September 2022 abgelehnt. Nun bleibt die Verfassung in Kraft, die 1980 im Rahmen der Diktatur von Augusto Pinochet verabschiedet wurde. Einen weiteren Versuch der Reform der Verfassung hatte die amtierende Linksregierung ausgeschlossen. Das bekräftigte Präsident Gabriel Boric am Sonntag: „Der verfassungsgebende Prozess sollte Hoffnung bringen, aber am Ende hat er bei einem großen Teil der Bevölkerung Frustration und sogar Überdruß ausgelöst, und das können wir nicht ignorieren.“

Ende Oktober 2020 hatten sich noch 78 Prozent der Chilenen dafür ausgesprochen, die derzeitige Verfassung zu ersetzen. Dieser Impetus ist vollständig verschwunden. Heute beschäftigt die Mehrheit der Bevölkerung die hohe Gewaltkriminalität, die wirtschaftliche und finanzielle Misere.

ehr

KURZ GEMELDET

Kiew untersucht Wanzen in Generalsräumen

KIEW. Nach dem Fund mutmaßlicher Abhörgeräte im Büro von Oberbefehlshaber Walerij Saluschnyj leitet die Ukraine Ermittlungen ein. Sie sollen in Räumen gefunden worden sein, in denen Saluschnyj und sein Stab arbeiten sollten. Der Geheimdienst spricht von einem Gerät, das in einem „nicht betriebsbereiten Zustand“ sei, ohne Speicher oder Übertragungstechnik. SN, APA

EU verbietet Import russischer Diamanten

BRÜSSEL. Der Rat der EU hat am Montag in Brüssel das zwölfte Sanktionspaket gegen Russland beschlossen. Darunter fällt auch das Verbot des Imports russischer Diamanten nach Europa. Eine stärkere Überwachung von Tankschiffen soll die Umgehung der Ölpreisobergrenze bekämpfen. SN, dpa



Jimmy Lai sitzt bereits seit drei Jahren in Haft. BILD: SN/APA/AFP/ANTHONY WALLACE

Prozessbeginn gegen Hongkonger Verleger

HONGKONG. In Hongkong hat der Prozess gegen den Gründer der demokratischen Hongkonger Zeitung „Apple Daily“, Jimmy Lai, wegen unterstellter Verstöße gegen das umstrittene Sicherheitsgesetz der chinesischen Sonderverwaltungsregion begonnen. Sollte Lai, wie erwartet, auch in dem Prozess schuldig gesprochen werden, droht ihm eine lebenslange Haftstrafe. SN, dpa

Präsident Al-Sisi in Ägypten wiedergewählt

KAIRO. Bei der Präsidentenwahl in Ägypten ist Staatschef Abdel Fattah Al-Sisi mit großer Mehrheit wiedergewählt worden und kann damit mindestens bis zum Jahr 2030 im Amt bleiben. Al-Sisi habe 89,6 Prozent der Stimmen bekommen, teilte die Wahlbehörde mit. Nach Einschätzung von Kritikern gab es seit seiner Machtübernahme keine freie Wahl mehr. SN, APA

Alexej Nawalny bleibt weiter verschwunden

MOSKAU. Der seit fast zwei Wochen in Haft verschwundene Kremlgegner Alexej Nawalny ist am Montag erneut nicht zu einer Gerichtsverhandlung erschienen. Der Richter habe deshalb das Verfahren bis zur Klärung des Aufenthaltsorts des Politikers eingestellt, teilte Nawalnys Team mit. SN, dpa